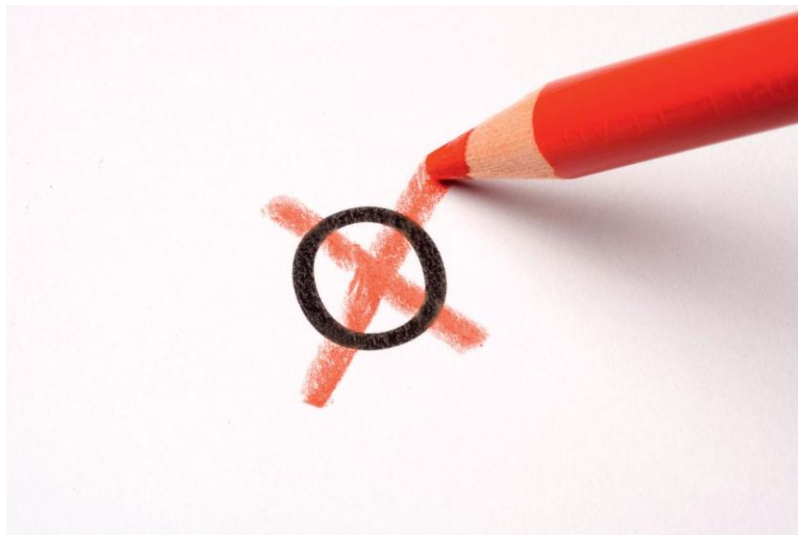


Bundestagswahl 2013: Übersicht über die steuerlichen Aspekte in den Wahlprogrammen



Die Steuerpolitik ist eines der zentralen Themen für die Bundestagswahl 2013. Welche potenziellen Belastungen kommen auf welche Steuerpflichtigen zu und wer kann mit Entlastungen rechnen? Prof. Dr. Lars Zipfel von der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg hat die Parteiprogramme der aktuell im Bundestag vertretenen Parteien auf ihre steuerlichen Aspekte hin untersucht. Die Ergebnisse hat er in einer tabellarischen Übersicht zusammengefasst.

Hinweis: Die Seitenangaben in den Tabellenfeldern beziehen sich auf das Wahlprogramm der jeweiligen Partei.

WAHLPROGRAMM **CDU/CSU**:

http://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/cdu_regierungsprogramm_2013-2017.pdf

WAHLPROGRAMM **SPD**: http://www.spd.de/linkableblob/96686/data/20130415_regierungsprogramm_2013_2017.pdf

WAHLPROGRAMM **Bündnis 90/Die GRÜNEN**: http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Gruenes-Bundestagswahlprogramm-2013.pdf

WAHLPROGRAMM **FDP**: http://www.fdp.de/files/565/B_rgerprogramm_A5_Online-Fassung.pdf

WAHLPROGRAMM **„DIE LINKE“**: [http://www.die-](http://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2013/bundestagswahlprogramm/bundestagswahlprogramm_2013_langfassung.pdf)






[linke.de/fileadmin/download/wahlen2013/bundestagswahlprogramm/bundestagswahlprogramm_2013_langfassung.pdf](http://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2013/bundestagswahlprogramm/bundestagswahlprogramm_2013_langfassung.pdf)








1. Änderungen für Privatpersonen






ESt-Tarif	Abmilderung der sog. „Kalten Progression“ <i>SEITE 7, 27</i>	Erhöhung des Spitzensteuersatzes von 42% bzw. 45% auf 49% für zu versteuernde Einkommen ab 100.000 EUR bzw. 200.000 EUR bei Eheleuten <i>SEITE 67</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung des Grundfreibetrags auf 8.700 EUR • Steuersatz von 45% ab einem zu versteuernden Einkommen von 60.000 EUR • Steuersatz von 49% ab einem zu versteuernden Einkommen von 80.000 EUR <i>SEITE 82</i>	Regelmäßige Anpassung des Einkommensteuertarifs zur Verhinderung der sog. „Kalten Progression“ durch 2-jährige Prüfung <i>SEITE 12, 13</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung des Grundfreibetrags auf 9.300 EUR • Steuersatz von 53% ab einem zu versteuernden Einkommen von 65.000 EUR • Steuersatz von 75% ab einem zu versteuernden Einkommen von 1.000.000 EUR <i>SEITE 26</i>
Unbeschränkte ESt-Pflicht			Kopplung der Steuerpflicht an die Nationalität (wie USA) Ziel: Verhinderung der „Steuervermeidung per Wegzug“ <i>SEITE 81</i>		
Steuerklassen, Lohnsteuerabzug		Faktorverfahren statt Steuerklassenkombination III/V als Norm <i>SEITE 67</i>		Abschaffung der Steuerklasse V <i>SEITE 13, 46/47</i>	
Pendlerpauschale				Ablehnung der Abschaffung der Pendlerpauschale <i>SEITE 23</i>	





		 <small>DAS WIR ENTSCHEIDET.</small>		 <small>Die Liberalen</small>	
Besteuerung von Familien					
<p>Ehegattensplitting HINWEIS: Aufgrund der Entscheidung des BVerfG wurde die einkommensteuerliche Gleichbehandlung von eingetragenen Lebenspartnern mit Ehegatten durch ein Gesetzgebungsverfahren vom Bundestag am 27.6.2013 beschlossen</p>	<p><i>Erhaltung</i> des Ehegattensplittings und <i>Ergänzung</i> um ein Familienplitting <i>SEITE 8</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • <u>Derzeitige Ehen</u>: Beibehaltung des Ehegattensplittings • <u>Künftige Ehen</u> (ab einem Stichtag) Einführung eines Partnerschaftstarifs für Ehegatten (d.h. individuelle Besteuerung beider Partner bei Berücksichtigung gegenseitiger Unterhaltspflichten • steuerlich gerechtere Behandlung von Alleinerziehenden <i>SEITE 67</i> • Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften <i>SEITE 50, 51</i> 	<ul style="list-style-type: none"> • Umwandlung des Ehegattensplittings in eine Individualbesteuerung mit übertragbarem Existenzminimum • Gleichbehandlung bestehender und künftiger Ehen durch Deckelung des Splittingvorteils • Zunächst Begrenzung der Belastung aus der Reform des Ehegattensplittings auf Haushalte mit einem Einkommen von zusammen mindestens 60.000 EUR und Abbau des Deckels über 10 Jahre <i>SEITE 84</i> 	<ul style="list-style-type: none"> • Beibehaltung des Ehegattensplittings • Ausdehnung auf eingetragene Lebenspartner <i>SEITE 14, 42</i> 	<ul style="list-style-type: none"> • Abschaffung des Ehegattensplittings • Einführung einer individuellen Besteuerung • Nutzung der Einsparungen zur Förderung des Zusammenlebens mit Kindern <i>SEITE 26, 40</i> • Steuerliche Benachteiligung von Lesben und Schwulen beenden <i>SEITE 40</i>

					
Kinderfreibetrag , Einführung eines Familienplitting statt eines Kinderfreibetrages (derzeit 3.504 EUR pro Elternteil, d.h. 7.008 EUR pro Eltern)	Schrittweise Anhebung der steuerlichen Berücksichtigung von Kindern auf die Höhe des Freibetrags für Erwachsene (2013: 8.130 EUR 2014: 8.354 EUR) <i>SEITE 8, 60</i>	Abschaffung des Kinderfreibetrags <i>SEITE 54</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Einführung einer Kindergrundsicherung in der Höhe, dass die Kinderfreibeträge verfassungskonform abgeschafft werden können • Abschaffung der Kinderregelsätze, Kinderzuschläge sowie der steuerlichen Kinderfreibeträge • Ziel: für jedes Kind gleiche finanzielle Unterstützung vom Staat (unabhängig vom Einkommen seiner Familie) <i>SEITE 145, 151</i> 	Schrittweise Anhebung der Freibeträge der Kinder auf das Freibetragsniveau von Erwachsenen <i>SEITE 14</i>	
Kindergeld (derzeit Kind 1 und 2: 184 EUR pro Kind; Kind 3: 190 EUR Ab Kind 4: 215 EUR pro Kind)	Anhebung des Kindergeldes sowie des Kinderzuschlags <i>SEITE 8</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Anhebung des Kindergeldes um 140 EUR pro Kind bei Monatseinkommen unter 3.000 EUR • Ansonsten Beibehaltung der bisherigen Kindergeldsätze <i>SEITE 54</i> 			
Dienstwagenbesteuerung			ökologische Besteuerung von Dienstwagen <i>SEITE 77</i>	Ablehnung einer Verteuerung des motorisierten Individualverkehrs durch höhere Steuern <i>SEITE 23</i>	Schrittweiser Abbau des steuerlichen Dienstwagenprivilegs <i>SEITE 67</i>

					
Besteuerung von Kapitalvermögen					
Abgeltungsteuer (Steuersatz derzeit 25%)	Wohl Beibehaltung (nicht im Wahlprogramm enthalten)	<ul style="list-style-type: none"> • Anhebung des Abgeltungssteuersatzes auf 32 % • Ggf. Abschaffung der Abgeltungsteuer innerhalb von 3 Jahren (wenn Prüfung ergibt, dass Aufkommen bei individueller Besteuerung höher wäre) <i>SEITE 68</i>	Abschaffung der Abgeltungsteuer und progressive Besteuerung mit dem normalen ESt-Tarif <i>SEITE 84</i>	Beibehaltung der Abgeltungsteuer <i>SEITE 14</i>	Abschaffung der Abgeltungsteuer und progressive Besteuerung mit dem normalen ESt-Tarif <i>SEITE 26</i>
Sparerfreibetrag (derzeit 750 EUR)				Anhebung des Sparerfreibetrags <i>SEITE 14</i>	
Vermieter und Wohnungsbauförderung	Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Bau neuer und bezahlbarer Wohnungen durch steuerliche Anreize und Zuschüsse <i>SEITE 9, 87</i>			Wiedereinführung der degressiven Abschreibung (AfA) zur Verbesserung der Rahmenbedingungen im Mietwohnungsbau <i>SEITE 71</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Abschaffung der steuerbegünstigten Veräußerung von Wohngebäuden • Abschaffung der steuerlichen Absetzbarkeit von Verlusten aus Vermietung und Verpachtung bei Leerstand <i>SEITE 32</i>
Gebäudesanierung zur Energieeinsparung	Steuerliche Förderung für energetische Gebäudesanierung <i>SEITE 47</i>			Steuerliche Entlastung der Bürger bei der energetischen Gebäudesanierung <i>SEITE 18</i>	Öffentliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung <i>SEITE 32</i>

		 SPD DAS WIR ENTSCHEIDET.		 FDP Die Liberalen	
Sicherheit der eigenen Wohnung	Steuerliche Begünstigung von Aufwendungen für die <u>Sicherung der eigenen Wohnung</u> <i>SEITE 9, 111</i>				
2. Änderungen für Unternehmen					
Unternehmenssteuern allgemein	<ul style="list-style-type: none"> • Wachstumsfreundliche Unternehmensbesteuerung • international wettbewerbsfähiges deutsches Unternehmensteuerrecht • Angleichung der Unternehmensteuern in Europa <i>SEITE 27/28</i>	Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Entfaltung von Mittelstand, Selbstständigkeit und Existenzgründung <i>SEITE 29</i>		<ul style="list-style-type: none"> • Modernisierung zur wachstumsfreundlichen Unternehmensteuer • Ausgestaltung möglichst rechtsform- und finanzierungsneutral <i>SEITE 15</i>	
Wahlrecht für kleine und mittlere KapG zur Option zur PersG-Besteuerung („Check the box“ bzw. Optionsmodell)				Einführung der Option zur transparenten Besteuerung für kleine und mittlere GmbHs <i>SEITE 15</i>	
Förderung PersG bzw. Finanzierung	Abbau der Nachteile der Eigen- gegenüber der Fremdfinanzierung <i>SEITE 19</i>			Einführung einer steuermindernden Eigenkapitalverzinsung <i>SEITE 15</i>	

		 SPD DAS WIR ENTSCHEIDET.		 FDP Die Liberalen	
Betriebsausgabenabzug		<ul style="list-style-type: none"> • Begrenzung der Absetzbarkeit von Kraftstoffkosten bei großen Firmenwagen <i>SEITE 68</i> • Kein Betriebsausgabenabzug der FTT bei KSt, ESt oder GewSt <i>SEITE 68</i> 	<ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung der GWG-Grenze (derzeit 400 EUR) zur Sofortabschreibung • Abschaffung der Poolabschreibung <i>SEITE 66</i> 	bei Abzugsfähigkeit aller Aufwendungen im bisherigen Umfang, die durch den Betrieb veranlasst wurden <i>SEITE 15</i>	
Managergehälter als Betriebsausgaben		Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit von Managergehältern (inkl. Boni und Abfindungen) auf maximal 50%, soweit diese 500.000 EUR übersteigen <i>SEITE 14, 68</i>	Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Managergehältern auf maximal 500.000 EUR <i>SEITE 54, 84</i>		Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Jahresgehältern auf maximal 500.000 EUR <i>SEITE 14</i>
Zinsschranke, Funktionsverlagerung			<ul style="list-style-type: none"> • Prüfung, ob ursprüngliche Zielsetzung und Aufkommenswirkung der Funktionsverlagerungsbesteuerung und der Zinsschranke erreicht wird • Ggf. Nachjustierung in Form von Verschärfungen <i>SEITE 78, 79</i> 		

		 DAS WIR ENTSCHEIDET.		 Die Liberalen	DIE LINKE.
Forschungs- förderung	Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung . (Steigerung der Forschungsanstrengungen insbesondere zur Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit) <i>SEITE 19, 41</i>	Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen durch verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten (Sonderabschreibung, degressive AfA) oder eine Investitionszulage (neue Form der steuerlichen Forschungsförderung) für besonders erwünschte Investitionen, z.B. im Bereich der Energie- und Ressourceneffizienz <i>SEITE 28</i>	Einführung einer 15%igen Steuergutschrift für Forschungsausgaben für Unternehmen mit bis zu 250 Beschäftigten <i>SEITE 66</i>	Intensivierung der steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung (im Rahmen der haushalterischen Möglichkeiten) <i>SEITE 16</i>	
Aufbewahrungs- fristen	Verkürzung der Aufbewahrungsfristen für Steuerunterlagen <i>SEITE 20</i>				
KSt-Satz (derzeit 15%)	Keine Änderung	Keine Änderung		Keine Änderung	Anhebung des KSt-Satzes auf 25% <i>SEITE 25</i>
Veräußerungs- gewinnbefreiung für Anteile an KapG für KapG (§ 8b Abs. 2 KStG)					Abschaffung der Veräußerungs- gewinnbefreiung <i>SEITE 25</i>

					
Allgemein zur Gewerbsteuer		<p>Weiterentwicklung der Gewerbesteuer (Ziel: Herstellung einer aufgabengerechten Finanzausstattung der Kommunen) <i>SEITE 69</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Ausweitung der Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftsteuer mit breiter Bemessungsgrundlage • Einbeziehung der FreiberuflerInnen • Beibehaltung der GewSt-Anrechnung auf die ESt <i>SEITE 80</i> 	<p>Überführung der Gewerbesteuer in ein kommunales Einkommen- und Körperschaftsteuersystem <i>SEITE 14</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Umwandlung der Gewerbesteuer in eine Gemeindegewerbesteuer • Einbeziehung von Selbstständigen • Anhebung des Freibetrags auf 30.000 EUR • Berücksichtigung der GewSt bei der ESt • Ausweitung der Bemessungsgrundlage <i>SEITE 26</i>
Gewerbesteuerliche Hinzurechnung			<p>Stärkere Einbeziehung von Zinsen, Mieten und Lizenzgebühren <i>SEITE 80</i></p>	<p>Beseitigung der heutigen gewerbesteuerlichen Hinzurechnungen. (z.B. Mieten und Zinsen) <i>SEITE 14</i></p>	<p>Einbeziehung von Pachten, Mieten, Leasingraten und Lizenzgebühren <i>SEITE 26</i></p>







Internationale Unternehmensbesteuerung






Internationales Steuerrecht





Entgegenwirken gegen **aggressives Ausnutzen** von Unterschieden in den Steuersystemen der verschiedenen Länder (Maßnahmen der OECD, G8 und G20)
SEITE 29

- Stärkere Harmonisierung von europäischer Arbeits-, Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Investitionspolitik
SEITE 14
- Entwicklung einheitlicher **Mindeststeuersätze und Mindestbemessungsgrößen** bei Ertrags- und Unternehmenssteuern (Verbindliche Steuer-Mindeststandards für Unternehmensgewinne und Kapitaleinkommen)
SEITE 25, 71
- Kampf gegen Steuerdumping und Steuerbetrug als konsequente Bedingung für Finanzhilfen im Rahmen der Euro-Rettungspakete
SEITE 71

- **Europäischer Steuerpakt** gegen Steuerdumping und Steuervermeidung
SEITE 56, 81
- Überarbeitung der EU-Steuer Richtlinien zur Verhinderung von Niedrig- oder Nichtbesteuerung auch im Verhältnis zu Drittstaaten
SEITE 81
- Ziel: Versteuerung der Gewinne international agierender Unternehmen in den Ländern, in denen sie erwirtschaftet werden
- Einführung einer **länderbezogenen Offenlegungspflicht** in Deutschland sowie der EU (Steuerzahlungen, Gewinne, Umsätze und Beschäftigte)
SEITE 78, 81

		 SPD DAS WIR ENTSCHEIDET.		 FDP Die Liberalen	DIE LINKE.
Änderungen in Doppelbesteuerungsabkommen (DBA)			<ul style="list-style-type: none"> • Vereinbarung eines automatischen Informationsaustauschs in DBA • DBA-Ausgestaltung zur Verhinderung aggressiver Steuer-gestaltung und schädlichen Steuer-wettbewerbs zwi-schen Staaten • Übergang von der Freistellungs- zur Anrechnungsmethode in DBA <p><i>SEITE 78</i></p>		
Konzernbesteuerung					
Gruppenbesteuerung, Organschaft				Wettbewerbsfähiges Gruppenbesteuerungsrecht nach österreichischem Vorbild <i>SEITE 15</i>	
Umwandlungen				Keine Ertragsteuer und Grunderwerbsteuer bei Umwandlungen innerhalb des Konzerns <i>SEITE 15</i>	






		 SPD DAS WIR ENTSCHEIDET.		 FDP Die Liberalen	
Mitarbeiterbeteiligung	Prüfung für schrittweise attraktivere steuerliche und sozialversicherungsrechtliche Rahmenbedingungen für Mitarbeiterbeteiligungen <i>SEITE 25</i>				
Business-Angels	Bessere steuerliche Rahmenbedingungen für Investoren junger, wachstumsstarker Unternehmen (vor allem High-Tech) <i>SEITE 19, 53</i> <ul style="list-style-type: none"> • Verlängerung des Programms und Verdopplung der Mittel (auf 300 Mio. EUR) zur Förderung von Wagniskapital durch Investitionszuschüsse • Freistellung der Zuschüsse von der Ertragsbesteuerung <i>SEITE 53</i>			<ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung steuerlicher Anreize für Venture Capital und Business Angels <i>SEITE 16</i> • Prüfung zusätzlicher steuerlicher Anreizmodelle für Wagniskapitalgeber <i>SEITE 33, 34</i> 	
Betriebsübergabe	Förderung der Fortführung von Unternehmen in Familienhand <i>SEITE 19</i>				





		 SPD <small>DAS WIR ENTSCHEIDET.</small>		 FDP <small>Die Liberalen</small>	DIE LINKE.
Energiebesteuerung	<p>Auch künftig zielgenaue Entlastung für energieintensive Industrien, um Nachteile durch unterschiedliche internationale Rahmenbedingungen bei Steuern und Abgaben auszugleichen. <i>SEITE 44</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Grundlegende Reform des EEG zum Ausschluss einer Fehlsteuerung <i>SEITE 38</i> • Gewährung der Steuervergünstigungen bei Energiesteuern für Industrie nur bei Nachweis eines angemessenen Energiemanagements und dass Energieverbrauch tatsächlich betriebswirtschaftlich sinnvoll vermindert wurde <i>SEITE 40</i> • Spürbare Senkung der Stromsteuer durch Einführung einer Steuerbefreiung der Grundversorgung <i>SEITE 41</i> • Streichung der Begünstigung von Flugbenzin im Rahmen einer europäischen Lösung <i>SEITE 69</i> 	<p>Abschmelzen ökologisch schädlicher Subventionen wie z.B.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Dienstwagenbesteuerung • Flugverkehrsprivilegien • Ausnahmen bei der Ökoststeuer <i>SEITE 84</i> 	<ul style="list-style-type: none"> • Senkung der Stromsteuer auf das von der EU vorgegebene Mindestmaß (als sofort wirksame Maßnahme) <i>SEITE 18</i> • Beibehaltung der Ausnahmen von EEG-Umlage und Stromsteuer für energieintensiv produzierende Unternehmen <i>SEITE 18</i> • Ablehnung der Ersetzung des EU-Emissionshandels durch eine CO2-Steuer <i>SEITE 73</i> 	<ul style="list-style-type: none"> • Abschaffung von Ausnahme- und Befreiungsregelungen für die Industrie bei Ökoststeuer und Energieabgaben • Abschaffung ökologisch kontraproduktiver Vergünstigungen und Subventionen, u. a. durch <ul style="list-style-type: none"> • Einführung einer Kerosinsteuer, • Umgestaltung des Dienst- und Firmenwagenprivilegs <i>SEITE 25</i>













3. Erbschaftsteuer (ErbSt), Vermögensteuer (VSt) und Vermögensabgabe, Finanztransaktionssteuer, Grundsteuer, usw.






Allgemein zur Erbschaftsteuer (ErbSt)	Keine Erhöhung der ErbSt <i>SEITE 27</i>		<ul style="list-style-type: none"> • Verdoppelung des ErbSt-Aufkommens auf 8,6 Mrd. EUR • Bemessungsgrundlage verbreitern durch Verringerung der Freibeträge auf ein vernünftiges Maß • Steuerfreistellung kleiner Erbschaften <i>SEITE 79</i> 	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Verschärfung der ErbSt • Aufkommensneutrale Weiterentwicklung mit dem Ziel: <ul style="list-style-type: none"> • einheitliche Bemessungsgrundlage mit Verkehrswerten • moderate Steuersätze und • angemessene Freibeträge <i>SEITE 14/15</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung der Einnahmen aus der ErbSt durch Reform der Steuersätze und der Steuerbefreiungen • Steuerfreistellung des normalen selbstgenutzten Wohneigentums und sonstiger kleinerer Immobilien <i>SEITE 25</i>
Begünstigung für Unternehmensvermögen		<ul style="list-style-type: none"> • Zurücknahme eingeführter Begünstigungen • Stärkere Koppelung der Begünstigungen an dauerhaften Erhalt von Arbeitsplätzen • Aber: Keine zusätzliche Erschwerung des Generationenübergangs bei Familienunternehmen <i>SEITE 68</i> 	<ul style="list-style-type: none"> • Abschaffung der Befreiung von Betriebsvermögen • Stattdessen gesonderte Freibeträge und Stundungsregelungen • Keine Doppelbelastung von parallel anfallender ErbSt und Vermögensabgabe (z.B. durch eine zeitliche Streckung) <i>SEITE 79</i> 	<ul style="list-style-type: none"> • ErbSt bei Unternehmensnachfolge muss aus zukünftigen Erträgen erwirtschaftet werden können • Garantie durch Höchstgrenzen und vernünftige Stundungsregeln <i>SEITE 15</i> 	Abschaffung der Begünstigungen von Unternehmenserben <i>SEITE 25</i>





		 SPD DAS WIR ENTSCHEIDET.		 FDP Die Liberalen	
ErbSt-Tarif (derzeit greift der Steuersatz bei Erreichen der nächsten Steuersatzstufe grundsätzlich bereits vom ersten Euro)				Ersetzung des alten ErbSt-Stufentarifs durch einen neuen ErbSt-Stufentarif (Steuersatz der jeweiligen Stufe soll nur auf das Vermögen der jeweiligen Stufe greifen) <i>SEITE 15</i>	
Vermögensteuer (VSt)	Keine Wiedereinführung der VSt <i>SEITE 27</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Einführung einer Besteuerung von Vermögen in Europa <i>SEITE 26</i> • Berücksichtigung der besonderen Situation des deutschen Mittelstandes, sodass dessen zukunftsichernde Eigenkapitalbildung sowie die Investitionsspielräume nicht belastet werden • Hohe Freibeträge für Privatpersonen zur Sicherstellung der VSt-Freistellung des normalen Einfamilienhauses <i>SEITE 29, 67, 68</i> 	<ul style="list-style-type: none"> • Wiedereinführung der VSt nach Auslaufen der Vermögensabgabe • Bemessungsgrundlage entspricht der der Vermögensabgabe • Vermeidung der Substanzbesteuerung von Betriebsvermögen • Verursachung von wenig Verwaltungsaufwand • Zuweisung des Aufkommens allein an die Länder <i>SEITE 83</i> 	Keine Wiedereinführung der VSt <i>SEITE 14</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Einführung als „Millionärsteuer“ • Steuerfreistellung der ersten Million des Vermögens • Erhebung eines Steuersatzes i. H. v. 5% auf Privat- und Betriebsvermögen (nach Schuldenabzug) über 1 Mio. EUR • Gewährung eines erhöhten Freibetrags für betriebsnotwendiges Sachvermögen von 5 Mio. EUR • Mehreinnahmen p.a.: 80 Mrd. EUR <i>SEITE 24</i>






		 SPD DAS WIR ENTSCHEIDET.		 FDP Die Liberalen	DIE LINKE.
Vermögensabgabe	Keine Einführung einer Vermögensabgabe		<ul style="list-style-type: none"> • Einführung einer einmaligen und zeitlich befristeten Vermögensabgabe über mehrere Jahre • Aufkommensziel: 100 Mrd. EUR • Freibetrag von 1 Mio. EUR • Begrenzung der Abgabe bei Betriebsvermögen auf maximal 35% des Gewinns • Steuersatz laut eines im Bundestag eingebrachten Gesetzentwurfs 1,5% p.a. <i>SEITE 82/83</i>	Keine Einführung einer Vermögensabgabe <i>SEITE 14</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Einführung einer Vermögensabgabe in Deutschland und der EU • persönlicher Freibetrag von 1 Mio. EUR • Freibetrag bei Betriebsvermögen 2 Mio. EUR • einmalige Vermögensabgabe i. H. v. <ul style="list-style-type: none"> • 10% ab 1 Mio. EUR • 20% ab 10 Mio. EUR • 30% ab 100 Mio. EUR • Mehreinnahmen 300 Mrd. EUR <i>SEITE 25</i>
Finanztransaktionssteuer (FTT)	<ul style="list-style-type: none"> • Möglichst schnelle Einführung der FTT in 10 EU-Ländern • langfristig eine weltweite Einführung <i>SEITE 29</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Einführung einer europäischen FTT (zunächst im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit in 10 Ländern) <i>SEITE 15</i>	Einführung einer europäischen FTT <i>SEITE 63 ff.</i>	Ablehnung aller EU-Steuern , damit wohl auch Ablehnung der FTT <i>SEITE 13</i>	Einführung einer FTT (Steuersatz von 0,1% auf jede Finanztransaktion) <i>SEITE 26</i>





					
Ausgestaltung FTT		<ul style="list-style-type: none"> • möglichst breite Bemessungsgrundlage • niedrige Steuersätze • Erfassung der Transaktionen von Aktien, Anleihen, Derivaten und Devisen • kein Betriebsausgabenabzug für die FTT bei KSt, ESt oder GewSt <p><i>SEITE 68</i></p>			
Grundsteuer			<p>Reform der Grundsteuer</p> <ul style="list-style-type: none"> • aktuelle, pauschalisierte Verkehrswerte • Hebesatzrecht für Kommunen <p><i>SEITE 79/80</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Reform des Grundsteuerrechts • Einräumung flexibler Hebesätze für Kommunen • Keine Erhöhung des Grundsteueraufkommens <p><i>SEITE 14</i></p>	
Verbrauchssteuern				<p>Überprüfung des Systems der Verbrauchssteuern (z.B. Kaffeesteuer) auf ihre Sinnhaftigkeit</p> <p><i>SEITE 14</i></p>	
Luftverkehrssteuer	<p><i>Prüfung der Abschaffung</i></p> <p><i>SEITE 49</i></p>			<p><i>Abschaffung</i></p> <p><i>SEITE 69</i></p>	






		 SPD <small>DAS WIR ENTSCHEIDET.</small>		 FDP <small>Die Liberalen</small>	
4. Bekämpfung der Steuerhinterziehung					
„Steuerbetrug“	<ul style="list-style-type: none"> • Entschlossene Bekämpfung der Steuerhinterziehung • Durchsetzung der Steueransprüche auch über die Grenzen der Nationalstaaten <i>SEITE 28</i> 	<ul style="list-style-type: none"> • Verpflichtung der Finanzinstitute, keine Bankprodukte anzubieten, mit denen ihre Kunden Steuern hinterziehen können und zur Kooperation mit Steuerbehörden • Stärkere Strafabwehrung bei Nachweis von Beihilfe zum Steuerbetrug oder Verweigerung der Kooperation mit Steuerbehörden, wie <ul style="list-style-type: none"> • Strafzahlungen • Möglichkeiten der Abberufung der Geschäftsführung und Berufsverbote • bis Einschränkung bzw. Entzug der Banklizenz <i>SEITE 70</i> 	Androhung eines EU-weiten Lizenzzugs für Banken bei wiederholtem und schwerwiegendem Verstoß gegen Steuergesetze <i>SEITE 81</i>		Verschärfung des Kampfes gegen Steuerflucht: <ul style="list-style-type: none"> • durch automatische Meldepflichten für Banken, • die Möglichkeit, verdächtige Guthaben einzufrieren, • Entzug von Banklizenzen für nichtkooperative Banken und • verbesserte Strafverfolgung gegen Steuerhinterziehung und durch Kapitalverkehrskontrollen <i>SEITE 47</i>






					
Steuerstraftaten	Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften auf Länderebene zur Verfolgung von Steuerstraftaten <i>SEITE 28</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung der Befugnisse bestehender Schwerpunktstaatsanwaltschaften bzgl. Steuerbetrug <i>SEITE 70</i> 			
Verjährung bei Steuerstraftaten		<ul style="list-style-type: none"> • Anpassung der Verjährungsfristen • Keine automatische Verjährung nach 10 Jahren, sondern Kopplung an Laufzeit verdächtiger Finanzkonstrukte • Ggf. Beginn der Verjährungsfrist erst mit Abgabe der korrekten Steuererklärung <i>SEITE 70</i> 			
Steueroasen	Trockenlegung von Steueroasen durch eine bessere internationale Zusammenarbeit <i>SEITE 28</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Trockenlegung von Steueroasen durch effektiveren zwischenstaatlichen Informationsaustausch • Ausdehnung des Anwendungsbereichs der EU-Zinsrichtlinie auf alle Kapitaleinkünfte und alle natürlichen 	Effektive Bekämpfung von Steueroasen (z.B. für europäische schwarze Liste und für Sanktionen gegen kooperationsunwillige Banken und Länder) <i>SEITE 78</i>		






		 SPD DAS WIR ENTSCHEIDET.		 FDP Die Liberalen	DIE LINKE.
Steueroasen		<p>und juristischen Personen gegen Steuerhinterziehung und unfairen Steuerwettbewerb in EU <i>SEITE 25, 71</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Automatischer Auskunftsaustausch in Europa zum Standard machen, auch im Verhältnis zu Drittstaaten wie der Schweiz <i>SEITE 25, 71</i> 			
Bankgeheimnis, Kontenabfrage			<ul style="list-style-type: none"> • Abschaffung des steuerlichen Bankgeheimnisses • Einführung einer grundsätzlichen Kontrollmitteilungspflicht der Banken <i>SEITE 78</i> 	<ul style="list-style-type: none"> • Zurückführung von Kontenabfragen auf das absolut erforderliche Maß (nur bei tatsächlichen Anhaltspunkten für Steuerhinterziehung, Sozialbetrug oder erhebliche Straftaten) • nachträgliche Information Betroffener bei Abfrage von Bestandsdaten <i>SEITE 59</i> 	<p>Automatische Meldepflichten für Banken <i>SEITE 47</i></p>

					
Gestaltungsmodelle			Offenlegung und Meldepflicht von Steuergestaltungsmodellen zum Schutz vor missbräuchlichen Steuergestaltungen <i>SEITE 78</i>		
5. Steuervollzug und Länderfinanzausgleich					
Steuervollzug	<ul style="list-style-type: none"> • weiterhin in der Verantwortung der Länder • Stärkere Zusammenarbeit der Länder • Prüfung der Bündelung von Erfahrungen - etwa i. S. einer Koordinierungsstelle beim Bundeszentralamt für Steuern <i>SEITE 28, 29</i> 	<ul style="list-style-type: none"> • Gleichmäßiger Steuervollzug durch Festlegung bundesweit einheitlicher Standards bei der Steuererhebung und Steuerprüfung zusammen mit den Bundesländern • Optimierung der Kooperation zwischen Bundes- und Landesverwaltungen (Ziel: schnellere und koordiniertere Ermittlungen bei grenzüberschreitender Steuerkriminalität) • Sicherstellung eines einheitlichen Umgangs mit Informationsangeboten priva- 	<ul style="list-style-type: none"> • Bundessteuerverwaltung statt Ländersteuerverwaltung • Personelle und organisatorische Verbesserungen der Steuerverwaltung • Festlegung und Durchführung einheitlicher Mindeststandards bei der Steuererhebung und -prüfung <i>SEITE 78</i> 		<ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung des Steuervollzugs auf Länderebene, insbesondere durch Einstellung von mehr Fachpersonal • Bundesweite Vereinheitlichung des Steuervollzugs • Aufbau einer Bundesfinanzpolizei <i>SEITE 25</i>

					
		ter Dritter über mutmaßliche Steuer- erhinterzieher <i>SEITE 70</i>			
Finanzausgleich	<p>Neuordnung des Länderfinanzausgleichs unter der Prämisse, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> • Geberländer nicht über Gebühr belastet und um die Früchte ihrer erfolgreichen Politik gebracht werden • für Empfängerländer muss es sich mehr als bisher lohnen, ihre Situation zu verbessern, und • Förderung strukturschwacher Regionen in neuen und alten Ländern nach einheitlichen Kriterien <p><i>SEITE 26</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Interessenausgleich zwischen <ul style="list-style-type: none"> • wirtschaftlich schwachen und starken Regionen • Berücksichtigung der Strukturprobleme aller Kommunen und Regionen • nicht mehr nur nach Ost oder West • Einrichtung eines nationalen Schuldentilgungsfonds zur Lösung für die Altschulden der Länder und Kommunen bei Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs <p><i>SEITE 70</i></p>		<p>Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen durch</p> <ul style="list-style-type: none"> • Abbau von Doppelzuständigkeiten und Mischfinanzierungen • Ausbau der Finanzautonomie der Länder • föderaler Wettbewerb • stärkere Trennung zwischen Bundes- und Landessteuern • Verankerung eines echten Konnexitätsprinzips im Grundgesetz <p><i>SEITE 12</i></p>	

					
6. Sonstiges					
Grundprinzipien				Verankerung des „ Halbteilungsgrundsatzes “ im Grundgesetz („Steuerbremse“) <i>SEITE 12</i>	
Solidaritätszuschlag (SolZ) derzeit 5,5 %				Schrittweise Abschaffung des SolZ <i>SEITE 13</i>	
Steuer-subventionen		Streichung steuerlicher Subventionen - insbesondere solche mit ökologisch schädlicher Wirkung - gemäß dem Steuer- und Finanzierungskonzept der SPD (u.a. Abbau der steuerlichen Vergünstigung für Agrardiesel, Begrenzung der Absetzbarkeit von Kraftstoffkosten bei großen Firmenwagen) <i>SEITE 68</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Rechtfertigung der Befreiung der chemischen Industrie von der Mineralölsteuer <i>SEITE 51</i> • Keine Förderung der Schiffsfinanzierung durch Steuersparmodelle <i>SEITE 52</i> • Abschaffung umweltschädlicher Subventionen, wie des Dienstwagenprivilegs oder der Steuerbefreiung von Kerosin <i>SEITE 74</i> 	<ul style="list-style-type: none"> • Einführung einer Subventionsbremse zur stufenweisen Abschmelzung von Steuervergünstigungen <i>SEITE 12</i> • Einfaches, niedriges und gerechtes Steuersystem mit <ul style="list-style-type: none"> • moderaten Steuersätzen (idealerweise in einem Stufentarif) • wenigen Ausnahmen <i>SEITE 13</i> 	<ul style="list-style-type: none"> • Schrittweiser Abbau des steuerlichen Dienstwagenprivilegs • Umstellung der Kfz-Steuer auf ökologische Kriterien für neu angeschaffte Fahrzeuge (Konsequente Durchsetzung der Einhaltung von Feinstaub- und Stickoxidgrenzwerten). <i>SEITE 67</i>

		 SPD DAS WIR ENTSCHEIDET.		 FDP Die Liberalen	
Steuer- subventionen			<ul style="list-style-type: none"> • Reform der Luftverkehrsteuer, der Kfz-Steuer und der Besteuerung von Diesel und Heizstoffen ebenso wie eine ökologische Besteuerung von Dienstwagen und das Streichen von Ausnahmen bei der Ökosteur <i>SEITE 77</i> 		
Pauschalen			<p>Prüfung der Ersetzung bestehender Steuerabzüge durch Steuergutschriften (Ziel: Bemessung der Steuerersparnis an tatsächlichen Kosten statt an der Steuerprogression) <i>SEITE 84</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Einführung bzw. Anhebung von Pauschalregelungen • Wiederherstellung zulasten des Mittelstandes abgeschaffter Pauschalregelungen • Reduzierung von Berichtspflichten und sonstiger Bürokratie <i>SEITE 13</i> 	

		 SPD DAS WIR ENTSCHEIDET.		 FDP Die Liberalen	
Ehrenämter , Bürgergesellschaftliches Engagement	Weitere Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen des Ehrenamts <i>SEITE 69</i>			Fortlaufende Anpassung der Pauschalen für Aufwandsentschädigungen im Steuerrecht an die Preisentwicklung <i>SEITE 44</i>	
Sportliche Großveranstaltungen	Weitere Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen bzgl. der Austragung von sportlichen Großveranstaltungen (wie Welt- und Europameisterschaften in Deutschland) <i>SEITE 72</i>				
Waffensteuer				Ablehnung der Einführung einer Waffensteuer <i>SEITE 62</i>	